



## Orientierungshilfe für Einreichunterlagen

# Zulässige Verwertung

### I. Unterlagen

- a) Planunterlagen
- b) Technische Beschreibung

### II. Erläuterungen

Die unten angeführten Punkte sind eine Orientierungshilfe für die Zusammenstellung der notwendigen Einreichunterlagen und der technischen Angaben für eine deponietechnische Beurteilung im Genehmigungsverfahren entsprechend dem Bundesabfallwirtschaftsplan 2017.

#### a) Planunterlagen

- Übersichtslageplan (Maßstab 1:25.000/50.000) mit Kennzeichnung des Standortes, Bestand- und Projektlageplan mit Darstellung der betroffenen Fläche,
- Katasterstand (Maßstab 1:1000 bis 1:2000);
- Lageplan mit Geländeverlauf und charakteristischen Höhen nach Durchführung der Verwertungsmaßnahme (Maßstab 1:1000 bis 1:2000).
- Pläne im Regelfall als geodätische Aufnahme inkl. charakteristischer Profile (Fixpunkteanzahl in Abhängigkeit vom Geländeverlauf mit Höhenangaben in Meter über Adria).

#### b) Technische Beschreibung

- Darstellung des Vorhabens (Zweck, Nützlichkeit der Maßnahme, Art und Umfang (Flächenausmaß, Höhenausdehnung und Volumen), allfällige vorübergehende Materialzwischenlager) entsprechend dem Bundesabfallwirtschaftsplan 2023.
- Begründung der zulässigen Verwertung (landwirtschaftlich, bautechnisch etc.)
- Einbauten, Leitungsträger, sonstige fremde Rechte.
- Vorgesehene Abfallarten bzw. qualitative Eignung des Schüttmaterials.  
Mögliche Abfallschlüsselnummern: 31411 Spezifikationen 29, 30, 31, 32, 45.  
Hinweis: Die Schlüsselnummer 31411-29 ist nur zulässig, wenn am Einsatzort eine für den/die einstufigsrelevanten Parameter vergleichbare Hintergrundbelastung vorliegt/nachgewiesen werden kann.
- Angabe der Anfallsorte (max. 3 Vorhaben)
- Angabe der Schüttdauer (max. 2 Jahre)
- Nachweis der qualitativen Eignung: Beurteilungsnachweise vom Anfallsort (Grenzwerte der Klassen A1 und A2 (im Grundwasserbereich zusätzlich A2-G) gemäß Bundesabfallwirtschaftsplan 2023).

- Nachweise am Einbauort: Kontroll-Untersuchungen am Einbauort; Parameterumfang gemäß BAWPL 2023 zumindest je angefangener 2.500 to
- Beginn und Dauer der Arbeiten
- Zufahrtsmöglichkeiten, verkehrstechnische Einbindung
- Absicherung und Beaufsichtigung des Areals, Qualitätssicherungsmaßnahmen.
- abschließende Maßnahmen (Rekultivierung, Folgenutzung)
- durch das Vorhaben betroffene Grundstücke (Auszug aus dem Grundstücksverzeichnis mit Eigentümern für alle von der Maßnahme betroffenen Flächen einschließlich Zufahrt, Zustimmungserklärungen).
- Angaben zu den geohydrologischen Verhältnissen am Einbauort (, Höhenlage der Grundwasserstände, insbesondere des höchsten zu erwartenden Grundwasserspiegels (HGW 100), Hochwassersicherheit etc.).
- Angaben zu den Oberflächenwasserabflussverhältnissen (insbesondere mögliche Beeinflussung der Nachbarschaft durch die Änderungen).
- Angaben zu allfällig in der nächsten Umgebung vorhandenen Wasserbenutzungsrechten (Art, Ausmaß und Ort), die von dem Vorhaben beeinträchtigt werden könnten.